economiesuisse

Schweizer Medtech-Unternehmen bleiben im EU-Binnenmarkt – vorerst

Angesichts der Corona-Krise schlägt die EU vor, die Anwendung der Medizinprodukteverordnung voraussichtlich um ein Jahr zu verschieben. Für die Schweizer Medtech-Branche bedeutet das, dass sie vorerst vom europäischen Binnenmarkt nicht ausgeschlossen wird. Ausserdem können medizinische Schutzmaterialien bewilligungsfrei zwischen der Schweiz und der EU gehandelt werden. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben: Nach der Corona-Krise müssen die bilateralen Beziehungen zur EU endlich geklärt werden.

Die EU-Kommission wies ihre Mitgliedstaaten letzte Woche an, Lieferungen von medizinischem Schutzmaterial in die Schweiz nicht weiter zu blockieren. Nun will sie auch die Anwendung der revidierten Medizinalprodukteverordnung um ein Jahr verschieben. Dadurch können neue und allenfalls für die Bekämpfung der Corona-Krise dringend benötigte medizinische Produkte weiterhin rechtzeitig auf den Markt gelangen. Folglich kann die Schweizer Medtech-Branche ihre Produkte noch für ein weiteres Jahr gemäss aktuellen Bedingungen vereinfacht auf den europäischen Binnenmarkt bringen.

Die Vermeidung von Engpässen bei Medizinalprodukten während der Corona-Epidemie ist sicher der Hauptgrund für die Verschiebung. Der Umstand, dass die Schweizer Medizinprodukte einen Handelsumsatzanteil von 4,1 Prozent am gesamten EU-Binnenmarkt ausmachen, könnte den Entscheid der Kommission zusätzlich beeinflusst haben. economiesuisse begrüsst diese Entwicklung. Der Wirtschaftsdachverband hatte sich gemeinsam mit dem Schweizer Verband für Medizintechnik über deren europäischen Dachverbände für eine Fristverschiebung

eingesetzt.

Zusammenarbeit auch beim grenzüberschreitenden Warenverkehr

Aber auch in anderen Bereichen ist nun grenzübergreifende Kooperation angesagt: Um den Handel zu sichern, hat die Kommission praktische Hinweise für «Green Lanes» zur Gewährleistung eines kontinuierlichen Warenverkehrs innerhalb der EU verabschiedet. Dadurch soll verhindert werden, dass Güter an den Grenzen gestoppt werden. Ausserdem sollen Beschäftigte im Gesundheitswesen schnell und sicher an ihre Einsatzorte kommen können. Die Schweiz soll ausdrücklich in die Koordination einbezogen werden. Auch bei der Betreuung von Schwerstkranken spielt die internationale Solidarität: Schweizer Spitäler betreuen nun auch Intensivpatienten aus dem schwer betroffenen Elsass.

Künftige Beziehungen CH-EU: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Auch wenn diese Entwicklung erfreulich ist, die Frage des künftigen bilateralen Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU bleibt ungelöst. Nach der Corona-Krise muss das bilaterale Verhältnis rasch geklärt werden. Eine geschwächte Schweizer Wirtschaft wird es sich nicht leisten können, von ihrem wichtigsten Absatzmarkt abgehängt zu werden.